



Vorlage Stadtparlament

vom 7. August 2012

Nr. 4807

Stadtparlament: Motionen

Motion Patrizia Adam und Fabian Koch: Finanztransparenz bei Abstimmungs- und Parlamentsvorlagen; Frage der Erheblicherklärung**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion „Finanztransparenz bei Abstimmungs- und Parlamentsvorlagen“ wird **nicht erheblich** erklärt.

Patrizia Adam und Fabian Koch sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 08. Mai 2012 die beiliegende Motion "Finanztransparenz bei Abstimmungs- und Parlamentsvorlagen" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Gemäss Art 35 Abs 1 des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen (sRS 811.1) ist einem Verpflichtungskreditbegehren eine sorgfältige, nach fachmännischen Regeln erstellte Kostenberechnung zugrunde zu legen. Art. 36 des Finanzreglements hält ferner fest: „Bringt ein Vorhaben, für das ein Verpflichtungskredit erforderlich ist, nach seiner Verwirklichung neue oder höhere Unterhalts- und Betriebskosten mit sich, sind diese möglichst genau zu ermitteln und bei der Einholung des Verpflichtungskredites zu nennen“. Diese Normen des geltenden Reglements stellen sicher, dass die Kosten eines Vorhabens fachkundig berechnet und die Folgekosten in Bezug auf Unterhalt und Betrieb möglichst genau ermittelt und bei der Einholung eines Verpflichtungskredits aufgezeigt werden. In den Parlaments- und Abstimmungsvorlagen werden Folgekosten deshalb konsequent aufgezeigt. Als jüngstes Beispiel sei auf die Vorlage an das Stadtparlament vom 13. März 2011



betr. Neubau eines Naturmuseums verwiesen. Sie enthält die Baukosten, nennt die künftigen Unterhaltskosten und beziffert detailliert die Folgekosten aus dem Betrieb (<http://www.stadtparlament.stadt.sg.ch/geschaefte/geschaeft.aspx/1572>). Es ist im Weiteren jeder vorberatenden Kommission unbenommen, genauere oder weitere finanzielle Abklärungen einzuverlangen.

2 Kostendefinitionen

In der Motion wird die geltende Regelung des städtischen Finanzreglements als ungenügend betrachtet. Bei gewichtigen Vorhaben sei eine umfassende Kosten-/Nutzenbetrachtung unerlässlich. Dazu sei es notwendig, Informationen insbesondere auch über die folgenden Punkte zu erhalten:

- Kapitalkosten (Abschreibungen, Verzinsung, Amortisation etc.),
- Kosteneinsparungen oder Kostenerweiterungen gegenüber der aktuellen Lösung,
- Mehreinnahmen, Mindereinnahmen, Umwegrenditen,
- Opportunitätskosten,
- Kostenfolgen (und andere Folgen) bei Nichtrealisierung,
- Lebenszykluskosten.

Verschiedene der genannten Begriffe sind nicht allgemein geläufig. Die nicht gängigen Definitionen sind deshalb im Folgenden dargestellt:

Opportunitätskosten	<p>Entgangene Erlöse oder entgangener Nutzen, die dadurch entstehen, dass vorhandene Möglichkeiten (Opportunitäten) nicht wahrgenommen werden. Man spricht auch von entgangenen Gewinnen.</p> <p>Opportunitätskosten sind keine Kosten im Sinne der Kosten- und Leistungsrechnung, sondern ein ökonomisches Konzept zur Quantifizierung entgangener bzw. nicht realisierter Alternativen.</p>
---------------------	---



Umwegrentabilität	<p>Unter Umwegrentabilität versteht man den Umstand, dass der indirekte Nutzen einer Grossveranstaltung oder einer bedeutenden touristischen, kulturellen oder infrastrukturellen Einrichtung für eine Region die Veranstaltung gegebenenfalls insgesamt rentabel macht. Hier denkt man z.B. an Übernachtungszahlen und die Gastronomie, eventuell auch an den Einzelhandel, welche von Besucherinnen und Besuchern von ausserhalb profitieren können.</p> <p>Eine Umwegrentabilität im weiteren Sinne ergibt sich eventuell aus der allgemeinen Steigerung der Lebensqualität in der betreffenden Region, welche potentielle Abwanderungstendenzen bremsen oder sogar umkehren kann und damit Steuersubstrat vor Ort belässt.</p> <p>Typischerweise sind die Kosten in der Regel von der öffentlichen Hand getragen, der direkte Nutzen fällt privaten Akteuren zu.</p>
Lebenszykluskostenrechnung	<p>Mit der Lebenszykluskostenrechnung werden die relevanten Kosten ermittelt, die für ein Produkt und die betrachteten Alternativen entlang des Produktlebenszyklus entstehen. Für die Erstellung einer Lebenszykluskosten-Analyse gibt es noch keine Normen. Solche Kostenberechnungen werden vom Bund z.B. auch für Rüstungsgüter erstellt (Beispiel Kampfflugzeug Gripen vs. andere). Berechnungen lohnen sich aber nur, wenn grosse Stückzahlen beschafft werden. Auch sind die so ermittelten Kosten nicht kompatibel mit den gängigen Rechnungslegungsmethoden der öffentlichen Hand.</p>

3 Investitionen

Im Bericht des Stadtrates zur Rechnung werden die städtischen Investitionen jeweils detailliert aufgelistet (vgl. für 2011 Bericht des Stadtrats zur Rechnung 2011, S. 41 ff.). Ein Blick auf diese Investitionsliste zeigt, dass es weder zweckmässig noch sinnvoll ist, über die gemäss Art. 35 und 36 des Finanzreglements notwendigen fachmännischen Berechnungen hinaus auch die mit der Motion geforderten Kennzahlen und Analysen zu erstellen. Beispiele: Sanierung Schulhaus Feldli, Sanierung Amtshaus, Neugestaltung Südliche Altstadt, Sanie-



rung Turnhalle Buchwald, Dachsanierung Sporthalle Kreuzbleiche, Kanalunterhalt usw. Auch die Kreditvorlagen an die Stimmbürgerschaft (Erneuerung Gasversorgung; Neugestaltung Bohl, Marktplatz und Blumenmarkt; neue Ableitung ARA Hofen und Morgental; Erweiterung Primarschule Schönenwegen; Abschlussprojekt Deponie Tüfentobel; Sanierung Rathaus usw.) lassen kaum eine Qualitätsverbesserung des Entscheides durch die Aufbereitung der geforderten Kennzahlen erwarten.

Dem Nachweis und der Aufbereitung der verschiedenen mit der Motion verlangten Kennzahlen (z.B. Opportunitätskosten, Umwegrenditen, Lebenszykluskosten) liegen Methoden und Annahmen zu Grunde, die keine absolute Sicherheit im Ergebnis bringen. Sie sind auch kaum geeignet, öffentliche Investitionen präzise zu bewerten. Es müssen in jedem Fall Annahmen getroffen und Methoden ausgewählt werden, deren Realitätsnähe oft umstritten ist. Da die Stadtverwaltung zudem weder über die notwendigen Instrumente noch Kompetenzen verfügt, hätte eine Aufbereitung der Analysen in jedem Fall durch externe Spezialisten zu erfolgen. Dies hätte auch entsprechende Kosten zu Folge. Aber selbst dann sind die Resultate bezüglich ihrer Zuverlässigkeit zum Teil fragwürdig.

Neben den rein methodischen Fragen stellt sich aber auch die Frage nach dem Nutzen dieser zum Teil teuren Abklärungen in Hinblick auf einen Entscheid des Parlaments oder des Volkes. Diesen liegen nicht nur rein finanzielle Erwägungen zugrunde. Sie sind vielmehr immer auch „Bauchentscheide“, individuelle, insbesondere aber auch politische Entscheidungen. Die kürzlich abgelehnte Sanierung von Marktplatz/Bohl ist ein klares Beispiel dafür. Bei einer Mehrheit ging es nicht um die finanziellen Kennzahlen, sondern – unabhängig von den Kosten - um grundsätzliche und politische Argumente zum Thema Buswartehalle Calatrava, neue Parkgarage, neue Markthalle usw. Auch wenn dieses Projekt sämtliche Kennzahlen im Sinne der Motion ausgewiesen hätte, wäre es, wie die Vox-Umfrage deutlich machte, durch das Stimmvolk aus grundsätzlichen und politischen Erwägungen abgelehnt worden.

4 Fazit

Der Stadtrat hält fest, dass das städtische Finanzreglement die greifbaren Aspekte einer Investition bereits regelt. Zudem enthalten die jeweils am Ende des Berichtes des Stadtrates zur Rechnung angeführten Daten zur „Entwicklung der wichtigsten Grössen des städtischen Haushaltes“ diverse Kennziffern, welche jederzeit in Relation zu den Auswirkungen einer Investition gesetzt werden können. Die Tabellen enthalten nur fassbare und klar zu ermittelnde Daten wie die Investitionsquote, den Selbstfinanzierungsanteil, den Selbstfinanzierungsgrad, den Nettoverschuldungsquotienten und den Eigenkapitaldeckungsgrad. Diese Kennziffern entsprechen zudem den gesamtschweizerisch geltenden Rechnungslegungsvorschriften. Zudem verfügt der Stadtrat über eine Investitionsplanung, welche so geführt



wird, dass die zugrunde gelegten Planungseckwerte (Plafonds für Investitionen) über die Jahre des Betrachtungshorizontes hinweg eingehalten werden. Das Parlament genehmigt diese Planung implizit jährlich mit der Abnahme des Budgets. Die generelle Aufbereitung der durch die Motion zusätzlich geforderten Aspekte führt kaum zur Erhöhung der Finanztransparenz bei Abstimmungs- und Parlamentsvorlagen. Sie sind vielmehr unter dem Aspekt der Zweckmässigkeit und einer Kosten-/Nutzenüberlegung nicht zielführend. Den zuständigen Kommissionen bleibt es im Übrigen immer vorbehalten, im Einzelfall zusätzliche, spezifische Finanzauswertungen einzuverlangen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Motion vom 08. Mai 2012

